

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Anmelschhain, Beucha, Borsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudtitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—,  
durch die Post bezogen einl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 60spaltige Korpuszelle 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Um-  
lagerung 1.20. Reklametzelle Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Bunde! Mk. 2.—.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,  
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Austräge entgegen. —  
Bestellungen werden von den Ausdrücker oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gung & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 11

Mittwoch, den 26. Januar 1921

32. Jahrgang

## Verteilung von Roggenmehl.

In der Zeit vom 26. bis 29. Januar 1921 werden auf Abchnitt  
1. d. r. vom 17. Januar 1921 bis 13. Februar 1921 geltenden  
Verkaufs:

250 gr Roggenmehl zum Preise von Mk. 2.70 abgegeben.  
Grimma, den 24. Januar 1921.

Der Westsächsische Kommunalverband für den  
Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma.

## Saatgut.

In diesem Frühjahr wird voraussichtlich Mangel an gutem  
Sommerjaatgetreide sein. Die Landwirte werden daher ersucht, ihren  
Bedarf an Saatgut möglichst frühzeitig zu decken.  
Die Auslieferung der Saatarten durch den Bezirksverband er-  
folgt bis zum 1. März 1921.

Bei später eingehenden Anträgen kann keine Gewähr für  
rechtzeitige Auslieferung der Saatarten übernommen werden.  
Grimma, 21. Januar 1921. 107 Getr.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

## Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 27. Januar 1920, abends 7 Uhr.  
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das abgeänderte Reichswahlgesetz ist dem Reichstag zur  
Beschlußfassung zugegangen.
- Die preussische Regierung erklärt noch einmal, daß eine  
Verschiebung der Präsidentschaftswahlen unter keinen Umständen statt-  
findet.
- Bei den Stichwahlen in Berlin haben die Postiven nicht  
unerbittlich an Stimmzahl zugenommen.
- Am Montag hat die Entente-Konferenz in Paris ihren An-  
satz genommen.
- Die griechischen Truppen haben in Kleinasien eine schwere  
Niederlage durch die Türken erlitten.

## Wohin mit den Postreformen?

Eine Frage an Minister Giesberts.  
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns aus  
Berlin geschrieben:

Reichspostminister Giesberts plant neue Reformen, durch  
die das stetig wachsende Defizit seines Ressorts überwun-  
den werden soll.

Während, wenn der Frühling nicht mehr fern ist,  
steht sich mit schöner Pünktlichkeit die Reichspost mit einem  
neuen Vortarife ein, und alljährlich erklärt sie uns mit  
mathematischer Exaktheit, warum die Posttarife unbedingt  
erhöht werden müssen. Im vorigen Jahre, so sagte da-  
mals Herr Giesberts, betrug das Defizit bei der Post  
2,9 Milliarden Mark, und da man sich einen solchen Luxus  
nicht leisten könne, so müsse das Defizit durch erhöhte Ge-  
bühren wenigstens auf eine Milliarde verringert werden.  
Sprach und jetzt das Vortarife auf 40 Pfennig hinauf.  
Jetzt erklärt die Post, das Defizit für 1920/21 werde nicht  
nur 2,9 sondern sogar 3 1/2 Milliarden erreichen, und für  
das Jahr 1921/22 werde es sich sogar auf 4 Milliarden  
heben. Folglich müsse man das Vortarife auf 60 Pfennig  
erhöhen.

Wiso: Die vorjährige Vortariferhöhung hat das Defizit,  
statt es auf eine Milliarde zu verringern, von 2,9 auf 3 1/2  
Milliarden anwachsen lassen. Die diesjährige Tarifreform  
(Reform heißt immer Erhöhung!) soll das Defizit, so  
läßt der Reichspostminister versichern, auf 2 Milliarden  
verringern. Wir wetten eine Defizitmilliarde gegen eine  
Zehnermarke, daß es im nächsten Jahre auf 5 Milliarden  
Mark angewachsen sein wird.

Was wir noch — lang, lang ist's her — die Bänke der  
Quarta drücken, erhielten wir in der Mathematikstunde  
einmal folgende Aufgabe: Ein Hund verfolgt einen Hasen,  
der hundertvierundvierzig Meter Vorsprung vor seinem  
Verfolger hat. Der holt in jeder Sekunde ein Hundert-  
vierundvierzigstel des Vorsprungs ein, der Hase entfernt  
sich im gleichen Zeitraum um ein Zweihundertstel des  
Vorsprungs. Wann erreicht der Hund den Hase? An  
diese Aufgabe erinnert uns das System der Porto-  
erhöhung, wie es unter der Ministerschaft des Herrn  
Giesberts Geplagenheit geworden ist. Denn: die ganze  
Jagd der erhöhten Postgebühren hinter dem Defizit ist  
ebenfalls ausichtslos wie die Verfolgung des Hasen durch  
den Hund. Der Hase läuft eben doppelt so rasch wie der  
Hund, das Defizit vergrößert sich rascher als die Ein-  
nahmen steigen. Wir glauben, soweit wir uns nach so  
vielen Jahrzehnten noch erinnern können, daß damals die  
ganze Quarta das Rechengepel begriffen hat. Aber es  
will uns schwer bedünken, als ob dem Reichspostminister  
das zu lösende Problem immer noch nicht ganz klar sei.

Wir könnten es begreifen, wenn die Post erklären  
würde: Diese ganze Defizitwirtschaft muß aufhören. Die  
Mark ist jetzt nur ein Dreiehtel von dem wert, was  
sie nach der Goldparität galt. Folglich kostet der Brief von  
jetzt an eine Mark dreifach. Herr Giesberts wird zu einer  
solchen Erklärung sicherlich einwilligen den Mut nicht auf-  
bringen; denn er könnte dann, und mit Recht, einiges er-  
leben. Aber man würde ihm dann wenigstens nicht den  
Vorwurf der Inkonsistenz machen können. Seine Tarif-  
politik ist vielmehr dem Hund den Schwanz stückweise abzuhacken,  
damit es ihm nicht so wehe tut. In Wirklichkeit weicht er

ganz genau, daß auch die jetzt wieder geplante Tarif-  
erhöhung völlig zwecklos ist, daß auf diese Weise die  
Vortarife schließlich ins Uferlose steigen müssen. Ein  
Doppelbrief soll künftig 1,20 M. kosten; dafür konnte man  
vor fünf Jahren noch mit einer Dreifach vom Bahnhofs-  
Friedrichstraße zum Anhalter Bahnhof fahren. Ein fünf-  
spaltiges Postkartchen kostet künftig 4 Mark; dafür  
konnte man vor ein paar Jahren noch dritter Klasse von  
Berlin nach Stettin reisen. Wir erwägen das nur, um  
zu zeigen, welche exorbitante Höhe die Vortarife bereits  
erreicht haben. Wenn das Milliardendefizit damit immer  
noch nicht zu beseitigen ist — was der Minister ja selbst  
ausdrücklich zugibt —, so kann dieser Weg unmöglich zum  
Ziele führen. Das sieht alle Welt ein; nur der Reichspost-  
minister sieht es nicht ein.

Herliche Zeiten aber werden für die Briefmarken-  
sammler anbrechen. Gerade hat man angefangen, sich an  
die grünen Zwanzig- und an die roten Bierzig-Pfennig-  
Marken zu gewöhnen. Jetzt werden die roten Marken  
grün, und die grünen gelb werden — nicht vor Reich,  
sondern weil die internationalen Abmachungen des Weltpost-  
vereins es so wollen. Und wann wird die Reichsposterei  
mit dem Tode der neuen Markenwerte fertig werden?  
Wir leben wieder den schönsten Rubelsturm entgegen.  
War die Markenammer werden eine Freude haben.

## Die neugeplanten Portofäge.

Der Entwurf zur Erhöhung der Post- und Telegra-  
phengebühren soll alsbald an Reichstag und Reichsrat  
gehen. Wird dieser Entwurf Gesetz, so hätten wir für  
Briefe von 20 Gramm statt 40 Pf., wie bisher 60 Pf. zu  
zahlen, für Briefe über 20 Gramm 1,20 M., für Postkarten  
40 Pf., für Pakete bis 5 Kilogramm in der Kategorie 3 M.,  
über 5 Kilogramm 6 M., über 10 Kilogramm 12 M., über  
15 Kilogramm 18 M., in der Fernzone 4, 8, 16 und 24 M.  
Und so weiter in schöner Entschlossenheit. Alle Posten sol-  
ten 50 bis 100 Prozent Aufschlag auf die jetzigen Sätze er-  
halten, Geschäftspapiere, Güterbesetzungen, Zeitungen, Post-  
scheine, Telegramme — nichts wird verschont, um das Un-  
mögliche möglich zu machen, den sich immer wieder öffnen-  
den Abgrund des Defizits zu füllen.

## Grubenkatastrophe in Sachsen.

Auf dem Friedenshacht in Delsniz hat sich am Montag  
eine furchterliche Schlagwetter-Explosion zugefallen, bei welcher  
41 Tote und 28 Verletzte zum Opfer gefallen sind. Ueber die  
schwere Katastrophe wird folgendes mitgeteilt:

Am Montag früh waren in den Unglückschacht  
108 Mann eingefahren.

Die Explosion ereignete sich alsbald nach der Einfahrt der Beleg-  
schaft. Sofort nach dem Unglück wurden Feuerwehrmänner, Sanitäts-  
mannschaften und Ärzte von Delsniz, ferner von den umliegenden  
Schächten und von den Ortschaften Lugau, Hohenstein, Wilsdorf  
usw. benachrichtigt, die sämtlich mit dem erforderlichen Rettungs-  
material, wie Rauchmaschinen usw., eintrafen. Die erste Hilfeleistung  
wurde von den Werksingenieuren und den Beamten des Friedens-  
schachtes geleistet. Die Rettungsmassnahmen waren durch Rauch-  
schwaden, die sich in der Grube entwickelt hatten, sehr erschwert.  
Die Sanitätsmannschaften, meist erfahrene Bergleute, arbeiteten  
mit Ausbietung aller Kräfte und drangen sofort bis an die Un-  
glücksstelle vor.

Im Laufe des gestrigen Tages sind

### 41 Tote und 28 Schwerverletzte geborgen

worden; die übrigen am Morgen eingefahrenen Bergleute hatten  
sich retten können. Die Verletzten weisen meist schwere Brand-  
wunden auf. Gegen 6 Uhr abends konnte der letzte der Ver-  
wundeten ans Tageslicht gebracht werden. Sie haben sämtlich im  
Otto-Hospital Aufnahme gefunden, nachdem ihnen bereits teil-  
weise auf der Grube Notverbände angelegt worden waren.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Reichsaussenminister und Presse.

Der Reichsverband der Deutschen Presse, Bezirksver-  
band Berlin veranfaßte aus Anlaß des 10jährigen Be-  
stehens des Verbandes im Volkshaus des Reich-  
tages eine Festsitzung, die bei außerordentlich hartem Be-  
such einen glänzenden Verlauf nahm. Hauptredner des  
Tages war Reichsaussenminister Dr. Simons. Dieser er-  
klärte daran, daß die Presse im Leben des Volkes schon  
eine wichtige Rolle gespielt habe, die die Buchdruckerkunst  
erfunden war. Freilich sei jene Einwirkung kaum zu ver-  
gleichen mit der in der heutigen Zeit. Simons erinnerte  
an die große Wichtigkeit, die schon Bismarck dem Einfluß  
der Presse beigelegt habe. Im Auswärtigen Amt werden  
25 Bände aufbewahrt mit Kritiken, die teils von Bismarck  
geschrieben, teils von ihm inspiriert worden sind. Die  
deutsche Presse hat Gott sei Dank ihren eigenen Charakter.  
Ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten, als in  
der Richtung ihrer politischen Überzeugung wäre zur Er-

folglosigkeit verurteilt. Der Politiker kann der Presse Tat-  
sachen mitteilen und Ziele seiner Politik zeigen, das Urteil  
darüber muß er der Presse überlassen. Ganz besonders  
Lob spendete der Minister der vornehmen Haltung der  
Provinzpresse.

#### Abschließung des Memelgebietes.

Vor einigen Tagen ist zwischen Litauen und dem  
Memelgebiet ein Abkommen getroffen worden, wonach  
zwischen beiden Ländern eine Zollunion mit gemeinsamer  
Grenze gegen Deutschland, die sich längs der Linie  
Schmaleningken—Remel—Kuh und Sturwich—Weden bis  
zum Kurischen Haff und weiter längs der Ostsee bis an  
die litauische bzw. lettische Grenze erstreckt. Die näheren  
Einzelheiten des Abkommens, namentlich des Zolntarifs,  
werden von einer besonderen Zolntariffkommission ausgear-  
beitet. Damit ist das Memelgebiet vom deutschen Reich  
abgeriffen.

#### Verfassung und Sperrgesetz.

Die demokratische Fraktion des bayerischen Landtages  
hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu beauf-  
tragen, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das  
Deutsche Reich darüber anzufordern, ob das Sperrgesetz, das  
vom Reichstag nur mit einfacher Mehrheit angenommen  
wurde, verfassungswidrig zu Recht besteht.

#### Protest sächsischer Staatsbeamten.

In einer energischen Erklärung wendet sich die Ver-  
einigung sächsischer höherer Staatsbeamter gegen die von  
sozialdemokratischer Seite geforderte Befreiung der höhe-  
ren Beamtenstellen allein nach parteipolitischen Rücksichten.  
Sie verlangt, daß die versaffungsmäßig gewählte politische  
Einstellungsfreiheit der Beamten geachtet und ge-  
schützt werde.

#### Polnische Treiberien in Berlin.

Turch die Berliner Polizei ist eine polnische Geheim-  
organisation aufgedeckt worden, die es sich zur Aufgabe  
machte, in Berlin ansässige Leute mit polnischen Namen  
zur Reise in das oberschlesische Abstimmungsgebiet zu  
verleiten, um sie dann dort zur Stimmabgabe für Polen  
zu gewinnen. Es gelang der Polizei einen Mann festzu-  
nehmen, der offenbar der polnischen Organisation als  
Schlepper diente. Der Festgenommene gestand ein, daß er  
mit zahlreichen anderen Erwerblosen von polnischer Seite  
für größere Tagessummen gewonnen worden sei, um in  
Berlin aus Adreßbüchern nach Familien mit polnisch klan-  
genden Namen zu fahnden und sie für die Zwecke der Ge-  
heimorganisation zu gewinnen.

#### Das neue Reichswahlgesetz.

Der Entwurf des Wahlgesetzes, der dem Reichstage  
jetzt mit Begründung zugegangen ist, bestimmt, daß die  
deutsche Wehrmacht aus freiwilligen Soldaten besteht, die  
die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das Reichsheer  
zählt vom 1. Januar 1921 ab 100 000 Mann einschließlich  
4000 Offiziere, dazu 300 Sanitäts- und 200 Veterinär-  
offiziere. Die Reichsmarine 15 000 einschließlich Offiziere  
und Deckoffiziere. Das Reichsheer besteht aus 21 In-  
fanterieregimentern, 18 Reiterregimentern, 7 Artillerie-  
regimentern sowie technischen Truppen und zerfällt in zwei  
Gruppenkommandos, sieben Divisionen und drei Reiter-  
divisionen. Die Flotte wird aus sechs Linien Schiffen, sechs  
kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedo-  
booten gebildet. Oberster Befehlshaber ist der Reichs-  
präsident, unter dem der Reichsheerminister die Befehls-  
gewalt über die gesamte Wehrmacht ausübt.

#### Keine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen.

In Oberschlesien ist noch immer das Gerücht ver-  
breitet, daß die preussischen Landtagswahlen mit Rücksicht  
auf die Abstimmung verschoben werden. Die preussische  
Staatsregierung erklärt erneut, an eine solche Verschie-  
bung nicht zu denken. Andererseits schlachten die Polen  
das Gerücht aus, daß von Berlin aus die Abstimmung  
verzögert werden solle. Auch daran ist kein wahres Wort.

#### Deutsch-Osterreich.

Wahlniederlage der äußersten Rechten. Bei den Wahlen  
der Arbeiterräte in Wien haben bei einer Wahlbeteiligung  
von insgesamt 239 547 Arbeitern und Angehörigen  
bestimmt für die sozialistische Partei 222 487, für die kom-  
munistische Partei 14 713 und für verschiedene kleinere  
Gruppen 3247. Davon entfielen auf die Sozialisten 4225  
Mandate, auf die Kommunisten 277 Mandate und auf die  
kleineren Gruppen 47 Mandate.

#### Rußland.

Antibolschewistische Aufstände. Die bisherigen Ge-  
rächte finden jetzt ihre Bestätigung, daß die Bauern  
massenweise in Sibirien und Kurdistan zu den Waffen  
griffen, um sich von dem Bolschewistenjoch zu befreien.  
Aus dem Nord-Kaukasus wird gemeldet, daß die Berg-  
bewohner die Eisenbahnlinie Klejar—Prossadna besetzt  
haben und jetzt gegen die Stadt Wladi-Kaukasus vorrücken.

#### Spanien.

Wachsender Terror der Kommunisten. In Sevilla  
sind drei Bomben explodiert, die bedeutenden Schaden an-  
richteten. Infolge eines Anschlages wurde die Direktion einer  
großen Textilfabrik in Barcelona wurde die Fabrik hin-  
gelagt, und 1300 Arbeiter werden beschäftigungslos. Mi-  
nisterpräsident Dato erklärte, daß er angesichts der fort-  
währenden sozialistischen Attentate dem Cortes Maß-  
nahmen zur Veranschlagung unterbreiten werde, um den  
Terror wirksam bekämpfen zu können.